

VDP / Sachsen-Anhalt e.V.
Otto-von-Guericke-Str. 86a / 39104 Magdeburg

LAG / Ökumenisches Domgymnasium
Hegelstraße 5 / 39104 Magdeburg

VDP
VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN
SACHSEN-ANHALT e.V.
BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN
FREIER TRÄGERSCHAFT

Kultusministerium des Landes
Sachsen-Anhalt
Frau Ministerin Prof. Dr. Wolff
Turmschanzenstraße 32
39114 Magdeburg

VDP
Verband Deutscher Privatschulen
Sachsen-Anhalt e.V.

Otto-von-Guericke-Str. 86a
39104 Magdeburg

T: 0391 / 731916-0
F: 0391 / 731916-1

VDP.LSA@t-online.de
www.vdp-sachsen-anhalt.de

Bankverbindung
Deutsche Kreditbank
Konto-Nr.: 107 334 00
BLZ: 120 300 00

Vereinsregister
Amtsgericht Stendal
107 334 00

MAGDEBURG, 27.09.2010

MÖGLICHKEITEN

DES GEMEINSAMEN UMGANGS MIT WEITER STEIGENDEM BEDARF AN LEHRKRÄFTEN

Sehr geehrte Frau Ministerin,

mit diesem gemeinsamen Schreiben wenden wir uns heute als Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der christlich orientierten Schulen in freier Trägerschaft (LAG) und des Verbandes Deutscher Privatschulen Sachsen-Anhalt e. V. (VDP) direkt an Sie, um Ihnen im Zusammenhang mit dem sich in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren offenbar weiter verschärfenden Lehrermangel einige konstruktive Vorschläge zu unterbreiten.

Dieser zu erwartende Lehrermangel darf aus unserer Sicht nicht auf den Rücken der sachsen-anhaltinischen Schüler/innen ausgetragen werden, insbesondere, weil Ihr Haus sowohl die Verantwortung für die Schüler/innen der staatlichen als auch für die der freien Schulen trägt.

Diesbezüglich hilft unser Erachtens nach auch nicht der (vom Deutschen Beamtenbund) getätigte Verweis auf den „freien Wettbewerb“ zwischen den staatlichen und freien Schulen, weil zwischen diesen Schulen gravierende (gesetzlich vorgegebene) Unterschiede bestehen. Die freien Schulen haben die Möglichkeit der freien Lehrerwahl (die allerdings von Ihrem Haus bzw. dem Landesverwaltungsamt in jedem Einzelfall genehmigt werden muss), sie können ihren Lehrkräften häufig größere pädagogische Freiräume bieten und sie werden in aller Regel durch besonders engagierte Schülereltern unterstützt. Wir schätzen aber auch ein, dass sich die Qualität der staatlichen Schulen in den letzten Jahren verbessert hat. Zudem haben diese keine mehrjährigen Wartefristen bis zur erstmaligen Gewährung einer Finanzhilfe zu überstehen, die Lehrkräfte der staatlichen Schu-

LAG
Landesarbeitsgemeinschaft
christlich orientierter Schulen
in freier Trägerschaft im Land
Sachsen-Anhalt

c/o
Ökumenisches Domgymnasium
Hegelstraße 5
39104 Magdeburg

Tel.: 0391 / 59803-0
Fax: 0391 / 59803-10

domgymnasium.md@t-online.de

Mit freundlicher Unterstützung:



len werden zu 100 Prozent vom Land finanziert (die freien Schulen erhalten nach Ablauf der Wartefrist 90 Prozent von fiktiv durch das Land festgelegten Personalkosten) und das Land kann seinen Lehrkräften die Möglichkeit der Verbeamtung anbieten, was aufgrund der dahinterstehenden sozialen Absicherung (auch noch während der Rentenzeiten) ganz sicher ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Personalgewinnung ist.

Auch aufgrund dieser Unterschiede und der schon erwähnten Verantwortung des Landes für alle Schüler/innen (unabhängig von der individuellen Trägerschaft ihrer Schulen) sowie des Umstandes, dass die Nachfrage nach Lehrer/innen in den nächsten Jahren bundesweit weiter steigen wird, ist ein **fairer Umgang bei der Lehrgewinnung** zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und den staatlichen Schulen auf der einen sowie den Schulen in freier Trägerschaft auf der anderen Seite aus unserer Sicht zwingend notwendig.

Wir möchten Ihnen daher zunächst einige Vorschläge unterbreiten, wie sich die Schulen in freier Trägerschaft noch besser einbringen könnten, um dem insgesamt in Sachsen-Anhalt bestehenden (und weiter wachsenden) Lehrkräftemangel entgegenzuwirken:

- Wie bisher – aber mit steigender Tendenz – könnten sich freie Schulen, die als „Ausbildungsschulen“ zugelassen sind, in die Ausbildung der vom Land angestellten Lehramtsreferendare einbringen.
- Zudem könnten sie – ergänzend zu den vom Land eingestellten Referendaren – auf eigene Kosten weitere Referendare (die ansonsten dem Land dauerhaft verloren gehen würden) einstellen. Diesbezüglich verweisen wir auf den konkreten Vorschlag von Herrn Banse an Sie in seinem Schreiben vom 21.09.10.
- Die freien Schulen könnten auch noch stärker als bisher ausländische Lehrkräfte und Seitensteiger einstellen. Hierzu bedarf es aber einem erleichterten Genehmigungsverfahren durch das Land und gegebenenfalls einer Verstärkung der berufsbegleitenden Weiterbildungsangebote durch die Universitäten des Landes (z. B. Angebot von berufsbegleitenden Pädagogikstudiengängen).
- Da der Lehrkräftemangel schon jetzt an den berufsbildenden Schulen besonders problematisch ist, sollte es hier zudem künftig einfacher ermöglicht werden, auch qualifizierte Fachkräfte mit einem Fachhochschulabschluss als Lehrkräfte für den Theorieunterricht einzustellen.

Mit freundlicher Unterstützung:

Dazu bedarf es aus unserer Sicht allerdings auch:

- einer Rückbesinnung auf den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.05.01 („Übernahme von Lehrkräften aus anderen Ländern“) und der analogen Anwendung auf die Schulen in freier Trägerschaft (s. beigefügtes Schreiben von Herrn Dr. Nieber vom 06.03.02)
- der gegenseitigen Akzeptanz von vertraglich vereinbarten Kündigungsfristen (keine kurzfristigen „Abwerbungen“ oder „Übernahmen“ bei noch laufenden Arbeitsverträgen)
- der Vereinbarung von bestimmten „Wechselfristen“, damit nicht eine Schule im laufenden Schuljahr das Problem bekommt, kurzfristig fest eingeplante Lehrkräfte ersetzen zu müssen
- der Prüfung der Möglichkeit, inwieweit auch Schulen in freier Trägerschaft einzelnen Lehrkräften eine Verbeamtung anbieten können bzw. ob auch eine Abordnung von verbeamteten Lehrkräften an Schulen in freier Trägerschaft leichter ermöglicht werden kann
- einer zumindest nicht weiter auseinander driftenden Finanzierung von Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft

Wir möchten betonen, dass unsere Vorschläge sich sowohl für die freien als auch für die staatlichen Schulen langfristig positiv auswirken könnten (Schaffung eines zusätzlichen „Lehrerpools“). Weder die LAG noch der VDP haben ein Interesse daran, in der Zukunft regelmäßig einen Streit über die Einstellung von Lehrkräften über die Medien auszutragen.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn sich Ihr Haus konstruktiv mit unseren Vorschlägen befassen würde.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dietrich Lührs
- Sprecher der LAG -

Jürgen Banse
- Geschäftsführer VDP
Sachsen-Anhalt –